

Nein zu NATO-Kriegsmanövern – ja zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung

Im April und Mai 2020 plant die NATO mit DEFENDER 2020 eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges.

Mit insgesamt 37.000 Soldatinnen und Soldaten aus 18 NATO-Partnerländern wird eine neue Dimension militärischer Aktivitäten erreicht. Bis zu 20.000 US-Armeeangehörige und Tonnen von schwerem Gerät werden über den Atlantik und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze transportiert. Deutschland wird u.a. mit seinen Umschlaghäfen Hamburg, Bremerhaven und Nordenham sowie dem neuen NATO-Kommando für Truppen- und Materialtransporte (JSEC) in Ulm zur Drehscheibe der Transporte.

Mit dem Manöver soll einerseits erprobt werden, kampfstärke Großverbände aus den USA im Bedarfsfall in kürzester Zeit an die NATO-Ostflanke zu verlegen, andererseits die militärische Überlegenheit der NATO demonstriert werden.

Aus Sicht der Gewerkschaften müssen statt dieser Konfrontation Entspannungspolitik und kooperative Beziehungen mit Russland das Gebot der Stunde sein. So wie es 1990 in der Charta von Paris von allen europäischen Staaten einschließlich Russland, den USA und Kanada gemeinsam formuliert wurde: „*Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.*“ Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Als Organisation der arbeitenden Menschen setzen wir uns auch für die Sicherung des Friedens und Verhinderung oder Beendigung von Kriegen ein.

In Deutschland, Europa und der Welt werden dringend erhebliche Mittel gebraucht, um den aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen gerecht zu werden. Gleichzeitig wird in den NATO-Staaten zielgerichtet auf die Erhöhung des Rüstungshaushaltes auf 2% des Bruttoinlandsproduktes hingearbeitet. Diese Mittel werden für die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen fehlen.

Im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990, der Grundlage der deutschen Einheit, wurde vereinbart: *Von deutschem Boden soll nur Frieden ausgehen.* Dies ist auch Kerngedanke des Grundgesetzes – dies muss die Grundlage deutscher und europäischer Politik sein.

Deshalb fordern wir:

- **Keine Beteiligung Deutschlands am Konfrontationskurs der NATO gegen Russland – Frieden in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland**
- **Entspannungspolitik und politische Konfliktlösungen statt militärischer Konfrontation**
- **konsequente Abrüstung und Umverteilung der freiwerdenden Mittel**